



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



27.10.2011

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Haushaltsordnung nimmt weitere Hürde

Am Mittwoch gab es für mich Grund zum Feiern: Nach der sehr gut verlaufenen Abstimmung letzten Monat auf Ausschussebene hat nun meine Gesetzesvorlage für eine neue Haushaltsordnung der EU auch das Plenum mit breiter Mehrheit passiert. Die Abgeordneten mussten erneut über mehr als 300 Änderungsanträge zum Kommissionsentwurf abstimmen, wobei ich mich als Berichterstatterin bis auf einen mit allen meinen Vorschlägen durchsetzen konnte. Ein schöner Erfolg, auf den ich auch ein wenig stolz bin! Mit dem jetzt abgestimmten Bericht besitzen wir erstmals einen Gesetzesentwurf, in dem Regeln für sogenannte Projektbonds festgelegt werden. Damit soll die EU in Zukunft große Infrastrukturprojekte gemeinsam mit privaten Investoren finanzieren können. Ganz wichtig dabei: Europaparlament und Ministerrat müssen die Projekte vorher genehmigen,

und die Kommission bleibt bis zum Abschluss rechenenschaftspflichtig. Auch für andere sogenannte „innovative Finanzinstrumente“ haben wir erstmals konkrete Regelungen geschaffen und so einem Wildwuchs vorgebeugt. Bevor die neue Haushaltsordnung in Kraft treten kann, müssen sich Ministerrat und Parlament auf einen gemeinsamen Text geeinigt haben. Daher stehen nun als nächstes Verhandlungen mit dem Rat an – es bleibt also spannend!

Starke Einsparungen im Haushalt 2012

Wachstum, Beschäftigung und Innovation: Das sind die Prioritäten des Europaparlaments für den EU-Haushalt 2012. Die Parlamentarier fordern daher im Vergleich zur Position des Ministerrats eine Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Gleichzeitig schnalzen die Abgeordneten bei sich selbst den Gürtel deutlich enger: Die Erhöhung des Parlamentshaushalts soll mit 1,44 Prozent unterhalb der Inflationsrate liegen, und das, obwohl durch den im

Vertrag von Lissabon vorgesehenen Neuzugang von 18 Abgeordneten und den Beitritt Kroatiens zusätzliche Kosten entstehen. Gespart werden soll unter anderem bei Übersetzen und Dolmetschen sowie den Ausgaben für Reisen.

Entlastung 2009: Rote Karte für den Ministerrat

An anderer Stelle stehen sich Parlament und Rat beim Thema Haushalt momentan unversöhnlich gegenüber: Das Parlament, das als sogenannte Entlastungsbehörde die Aufgabe hat, die Mittelverwendung der vergangenen Jahre zu überprüfen, hat der Verwaltungsbehörde des Ministerrats die Entlastung für das Jahr 2009 verweigert. Leider weigert sich der Ministerrat seit Monaten, die Mittelverwendung in seinem Verwaltungshaushalt 2009 mit seinen 3100 Beamten gegenüber dem Parlament offenzulegen. So haben wir keine Chance nachzuprüfen, wie die rund 600 Mio. Euro in 2009 ausgegeben wurden und ob es dabei überall korrekt zugegangen ist. Schriftliche Fragen blie-

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 158 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax +3222849868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax +33388179868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



27.10.2011

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

ben unbeantwortet, eine Einladung zur mündlichen Darlegung im Haushaltskontrollausschuss wurde ebenfalls nicht angenommen. So bleibt den Abgeordneten im Interesse der Bürger und Steuerzahler letztlich nichts anderes übrig, als diesen drastischen Schritt zu wählen. Der Ministerrat bestreitet das Recht des Parlaments, ihn zu kontrollieren. Wir werden uns auch in Zukunft für mehr Transparenz einsetzen – denn nur so kann das Vertrauen in die EU-Institutionen gestärkt werden.

Keine EU-Gelder für die Mafia

Leider gelingt es der organisierten Kriminalität immer wieder, den Wegfall der Grenzen in Europa für ihre Zwecke zu missbrauchen. Nur eine weitere Stärkung der Zusammenarbeit der Justizbehörden kann das ändern. Das fordert das Europaparlament. Außerdem verlangt es, dass Firmen mit Mafiabeziehungen von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen und konfiszierte Mafiagelder sozialen Zwecken zur Verfügung gestellt werden.

Leichter Zugang zu öffentlichen Aufträgen

Die EU-Regeln für öffentliche Ausschreibungen sollen überarbeitet werden, damit kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) eher zum Zug kommen, findet das Europaparlament. Die Abgeordneten fordern daher einen „elektronischen Vergabeausweis“, der Überprüfungen vereinfacht. Aufträge sollen außerdem in kleinere Abschnitte aufgeteilt werden, die auch von KMUs geschultert werden können. Die Kommission will nun bis Ende des Jahres zu diesem Thema einen Gesetzesvorschlag vorlegen.

Unterstützung für alleinerziehende Mütter

Die Zahl der alleinerziehenden Mütter in den westlichen Ländern steigt. Um diese Frauen und ihre Kinder besser zu unterstützen, sollen die Mitgliedstaaten Wohnungsbeihilfen, eine Unterstützung bei der Wohnungssuche sowie Steuererleichterungen ermöglichen. Natürlich gelten diese Maßnahmen auch für alleinerziehende Väter.

Debatte um Freizügigkeit in der EU

Die bislang versagte Reisefreiheit für Bürger der neuen Mitgliedsländer Bulgarien und Rumänien bleibt in der Diskussion. Gegen den Willen der CDU beschloss das Parlament, die Reisefreiheit vorzeitig zu ermöglichen. Wir wollen dagegen, dass die Bundesregierung die Übergangsfrist bis Ende 2013 voll ausschöpft, auch um bei einer Wirtschaftsabschwung Gefahren für den Arbeitsmarkt zu vermeiden.

Besuch aus der Heimat im Europaparlament

Diese Woche konnte ich zwei Gruppen begrüßen: Mit der zehnten und elften Klasse des Gymnasiums für Hochbegabte Schwäbisch Gmünd habe ich eine spannende und von Schülerseite sehr engagierte Diskussion über die Schuldenkrise und die Zukunft der EU geführt. Bereits zu einer Tradition geworden ist der Besuch der CDU Bartholomä, die die besondere Gelegenheit hatte, bei meiner Plenarrede zur Haushaltsordnung dabei zu sein.

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 158 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax +3222849868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax +33388179868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu